

Mit Selbstbewusstsein den Arbeitgebern solidarisch gegenüberreten

Von aktuellen Entwicklungen in der Branche und der notwendigen Gegenwehr

Menschen identifizieren sich im Alltag meist mit der Firma, in der sie arbeiten. „Unsere Zeitung“, „unser Betrieb“, „mein Sender“ sind häufig gebrauchte Begriffe in denen immer auch Stolz auf die eigene berufliche Leistung und das kollegiale Miteinander mitschwingen („unsere Abteilung“!). Zurecht wird aus dieser Verbundenheit mit der eigenen Arbeit und der daraus erwachsenden Loyalität zum jeweiligen Arbeitgeber auch abgeleitet, mitreden zu wollen, über die Gestaltung der eigenen Arbeitsbedingungen und die Zukunft der jeweiligen Branche und des eigenen Arbeitsplatzes.

Immer häufiger aber müssen motivierte Mitarbeiter die Erfahrung machen, dass ihre Engagement und ihre Loyalität in den Augen von Vorgesetzten, Management und Unternehmenseignern nur dann

gefragt sind, wenn es um klaglose Unterwerfung unter die „von oben“ gemachten Vorgaben geht.

Das Beispiel der Zusammenlegung der Redaktionen von „Stuttgarter Zeitung“ und „Stuttgarter Nachrichten“ zeigt deutlich, dass „Zukunftsfähigkeit“ nur eine Worthülse zur Rechtfertigung von Sparprogrammen ist. Während die von der überraschenden Ankündigung betroffenen Redakteurinnen und Redakteure mit ihren Chefs darüber diskutieren wollen, ob ein weitgehend einheitlicher Inhalt für zwei Zeitungstitel wirklich geeignet ist, Leserinnen und Leser zum Kauf der Zeitungen zu bewegen, geht es dem Management des SWMH-Konzerns – kalt gerechnet – um die jährlich rund 1,5 Millionen Euro, die durch den Abbau von 20 Arbeitsplätzen gegenüber heute eingespart werden können.

Ein anderes Beispiel: während die freien Mitarbeiter beim SWR darüber diskutieren, dass sich ihre Tätigkeiten in puncto Arbeitsbelastung so intensiviert haben, dass von ihrer „Freiheit“ oft nur noch wenig übrig bleibt, verlangt die Leitung des Senders in den Tarifverhandlungen überraschend, die Honorarerhöhungen mit einem Abschlag zu versehen, um die Kosten der Honorarfortzahlung bei Krankheit zu kompensieren.

Etwa 1,4 Millionen Euro jährlich sollen durch Verzicht finanziert werden.

Wie in der Politik, wo „sparen“ als „alternativlos“ gepredigt wird, wird im Zeitungskonzern die Sicherung der Unternehmer-Gewinne und im

Fortsetzung Seite 2



Etwa sechzig Beschäftigte der „Stuttgarter Zeitung“ und der „Stuttgarter Nachrichten“ protestierten am 12. Juni vor dem Pressehaus in Stuttgart-Plieningen gegen den Beschluss der Konzernleitung, die beiden Redaktionen bis April 2016 zu einer Gesamtedaktion für beide Blätter zusammenzulegen.

öffentlich-rechtlichen Sender die immerwährende Kostensenkung zum alleinigen Ziel des Managements.

In so einem Hamsterrad erfahren die Beschäftigten, dass ihre Loyalität und ihr berufliches Engagement von den jeweiligen Chefs nur soweit geschätzt und honoriert wird, wie es sich im klaglosen Hinnehmen der unternehmerischen Entscheidungen äußert.

Dabei haben Beschäftigte immer eine Alternative zum ängstlichen Wegducken. Im SWMH-Konzern haben es gerade die Beschäftigten im Stuttgarter Druckhaus vorgebracht, die mit ihrer Gewerkschaft ver.di einen Beschäftigungssicherungstarifvertrag verhandelt haben, der das Unternehmen auf eine bestimmte Zahl von Beschäftigten verpflichtet. Nach dem ursprünglichen Willen des

Managements sollten hier ebenfalls 20 Arbeitsplätze verschwinden. Gewerkschaftliche Solidarität hat das bis mindestens 2019 verhindert.

Und auch die Beschäftigten im Ulmer Papierverarbeitungs-Unternehmen Höhn wehren sich. Nach der Tariffucht hat ihnen der Unternehmer Geld vorenthalten, das ihnen rechtlich zusteht. Dieses Geld wird nun gerichtlich eingefordert.

Bei Janoschka in Kippenheim und bei Südwestkarton in Illingen – beides seit vielen Jahren tariflose Betriebe – wurden nach einer Phase der Mitgliederwerbung Mitgliederversammlungen einberufen, betriebliche Tarifkommissionen gebildet und die Arbeitgeber zu Verhandlungen über Haustarifverträge aufgefordert.

Beschäftigte können mit Selbstbewusstsein ihren jeweiligen Arbeitgebern gegenüberreten, wenn sie untereinander solidarisch sind. In der von den Unternehmern meist mit großer Härte geführten Auseinandersetzung können dabei nicht immer alle Ziele verwirklicht werden.

So wird bei Surteco-Süddekor in Laichingen das Werkstor für die meisten der dortigen Beschäftigten geschlossen.

Doch der gemeinsame Kampf für einen Sozialtarifvertrag hat am Ende wenigstens zu besseren Abfindungsbedingungen geführt, als sie zuvor der Betriebsrat erreichen konnte, der einer gesetzlichen Friedenspflicht unterliegt – auch das ein Ergebnis auf das die Streikenden mit Stolz blicken können.

Siegfried Heim

sverdimh

Kritische Blicke auf die SWMH



„Der neue Stuttgarter Weg“: Eckpunktepapier zur Zusammenlegung von StZ und StN unterzeichnet

Nach vier harten Verhandlungsrunden wurde am Dienstag, 7. Juli, eine Vereinbarung zur Zusammenlegung der Stuttgarter Zeitung und der Stuttgarter Nachrichten unterzeichnet.

Die Vereinbarung enthält die von einer gemeinsamen Verhandlungsgruppe des Konzernbetriebsrates der MHS und den Betriebsräten der StZ und StN ausverhandelten Eckpunkte zu der geplanten Maßnahme.

Der von der Geschäftsführung geforderte Stellenabbau von 35 Vollzeitstellen konnte leider nicht verhindert werden.

Es ist aber gelungen, Bedingungen für ein „Freiwilligenprogramm“ auszuarbeiten, das es interessierten Festangestellten möglich macht, bis zum 31. August zu finanziell guten Bedingungen Aufhebungsverträge zu unterzeichnen.

Zudem wurden hohe Hürden für eventuell notwendige betriebsbedingte Kündigungen vereinbart. Für die neu zu gründende Redaktionsgesellschaft (geplanter Start ab 1. April 2016) konnte eine Beschäftigungssicherung vereinbart werden. Die neue Redaktionsgesellschaft soll tarifgebunden sein.

Entnommen von der Website:

<http://www.sverdimh.de/>

Surteco Laichingen Tarifvertrag nach Streik

Erst wollte der Arbeitgeber mit ver.di nicht über einen Sozialtarifvertrag verhandeln. Dann versuchte er den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten Warnstreiks dafür zu verbieten.

Erst ein gerichtlicher Vergleich zwang die Leitung des Unternehmens Surteco (früher Süddekor), das ohne Not und gegen jede wirtschaftliche Vernunft ein Werk in Laichingen schließt und die Produktion nach Buttenwiesen verlagert, mit ver.di über alle Sozialtarif-Fragen zu verhandeln.

Diese Verhandlungen wurden mit einem Kompromiss beendet, dem die Gewerkschaftsmitglieder zugestimmt haben. Wie bei jedem Kompromiss konnten nicht alle



Protest in Laichingen

Foto: HB

Ziele erreicht werden - insbesondere nicht das Ziel, die Werksschließung zu verhindern.

Dafür gibt es aber auch viel Positives im Tarifergebnis:

Ein Altersteilzeit-Tarifvertrag gilt auch in Laichingen

Laichinger Beschäftigte, die aus dem bisherigen Haustarifvertrag mit Druckindustrie-Niveau in den schlechteren Haustarifvertrag nach Buttenwiesen wechseln erhalten ein Jahr lang ihren bisherigen Tariflohn garantiert - erst

danach wird der Besitzstand langsam reduziert.

Und die um fünf Stunden längere Wochenarbeitszeit in Buttenwiesen wird komplett bezahlt - mit Überstundenzuschlägen!

Gegenüber dem betrieblichen Sozialplan konnten verbesserte Abfindungsregeln erreicht werden, von denen vor allem jüngere Beschäftigte und solche, die nicht mehr in die Transfergesellschaft wechseln profitieren.

Außerdem wurden die Mindest-Abfindungen deutlich erhöht.



Holzsägearbeit auf dem Schreibtisch im Betriebsratsbüro:
Surteco und Süddekor: Die Geschichte vom Kleinen, der den Großen schluckt.

Foto: wj

SWR-Tarifverhandlungen Abschläge gefordert und Azubi-Übernahme abgelehnt

Mit heftigen Gegenforderungen reagierte die Leitung des Südwestrundfunks auf die von ver.di erhobenen Forderungen in der Gehalts- und Honorartarifrunde. Anstatt über angemessene Gehalts- und Honorarerhöhungen

sowie eine Übernahmegarantie für Auszubildende zu verhandeln, forderte die SWR-Spitze Abschläge von dem Tarifergebnis, das im öffentlichen Dienst der Länder erzielt wurde und traditionell als Maßstab für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gilt.

Weil die ARD-Anstalten in den Verhandlungen über die betriebliche Altersvorsorge bislang ihr Ziel nicht erreichen konnten, den Anstieg der Betriebsrenten zu

„deckeln“, fordern sie nun Abschläge bei den Gehaltserhöhungen. Brück abgelehnt hat die SWR-Führung auch eine Übernahmegarantie für die Auszubildenden des Senders. Und als sei das nicht schon genug Zumutung wurde in der zweiten Verhandlungsrunde auch die Honorarfortzahlung für freie Journalisten bei Krankheit infrage gestellt, die erst vor einigen Jahren tariflich vereinbart werden konnte.

SÜDWEST PRESSE

Konzern lehnt Verhandlungen über Altersteilzeit ab

Auf Wunsch des SÜDWEST PRESSE Konzerns fand ein Sondierungsgespräch über einen möglichen Altersteilzeit-Tarifvertrag mit Vertretern der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und des Deutschen Journalisten Verbands (DJV) statt.

In dem Gespräch machten die Gewerkschaftsvertreter deutlich, dass sie Verhandlungen über einen solchen Tarifvertrag führen würden, wenn dabei Regelungen vereinbart werden könnten, die Beschäftigten Vorteile gegenüber der gesetzlichen Altersteilzeit-Möglichkeit bringen würden.

Am 25. Juni teilte die Konzern-Personalleitung dann mit, dass sie auf der Grundlage der von den Gewerkschaften eingebrachten Verhandlungsthemen nicht verhandeln wolle.

Zu Beginn des Sondierungsgesprächs hatte die Arbeitgeberseite einen Tarifvertragsentwurf vorgelegt, der lediglich für die aktuell an die Flächentarife gebundenen Unternehmen gelten sollte und der bei den Altersteilzeit-Aufstockungszahlungen auf 75% des vorherigen Nettoeinkommens vorsah - nur minimal über dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert von 70%.

Die Gewerkschaften hatten daraufhin gemeinsam vier Themen genannt, über die in jedem Fall verhandelt werden müsse:

! höhere Aufstockungszahlungen als der Arbeitgebervorschlag mit einer Ausgangsforderung der Aufstockung auf 85% des Nettoeinkommens

! Verhandlung über Aufstockungszahlungen auch für die Presseversorgungs-Altersvorsorge der Journalisten analog den

Aufstockungen der Rentenversicherungsbeiträge

! Verhandlungen über mögliche Rechtsansprüche auf Altersteilzeit für besonders belastete Berufsgruppen (insbesondere bei regelmäßiger Nacht- und Schichtarbeit)

! Verhandlung des Altersteilzeit-Tarifvertrages nicht nur für die tarifgebundenen Unternehmen des Konzerns, sondern auch für die neue Südwest Presse Hohenlohe GmbH & Co. KG, die tariflos ist und in die zum 1. Juli die Mitarbeiter der drei tarifgebundenen Tochterunternehmen der so genannten „Nordgruppe“ wechseln werden - und in diesem Zusammenhang auch Verhandlungen über eine generelle Tarifgeltung für dieses neue Unternehmen.

Nach der Absage von Verhandlungen erklärten die Gewerkschaften, dass sie dies zwar bedauerten, es aber nicht möglich sei, ohne Verhandlungen einen Altersteilzeit-Tarifvertrag abzuschließen, dessen Inhalte sehr viel schlechter wären, als diejenigen anderer Zeitungs- und Druckereiunternehmen.

Für die Beschäftigten wichtig sei außerdem, dass mit der Verhandlungsabsage durch den Arbeitgeber der Abschluss von Altersteilzeit-Verträgen nicht ausgeschlossen ist - diese lediglich auf die gesetzliche Grundlage beschränkt seien (vor allem in der Maximal-Laufzeit von 3 Jahren).

Die Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, über einen Altersteilzeitvertrag mit der Südwest Presse zu verhandeln, falls sich der Verlag dazu durchringt, ein konstruktives Angebot, das spürbar über der gesetzlichen Regelung liegt, vorlegt.

SWMH-Konzern

Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung im Pressehaus Stuttgart

Der Firmentarifvertrag zur Beschäftigungssicherung für die Pressehaus Stuttgart Druck GmbH (PHD) ist sowohl von der Geschäftsführung der PHD als auch von ver.di unterschrieben worden.

Der zuständige Gewerkschaftssekretär Uwe Kreft, der auch ver.di-Beauftragter für den SWMH-Konzern ist zu dem die Druckerei gehört, freute sich über den Erfolg:

„Es hat sich mal wieder gezeigt, was alles erreicht werden kann, wenn ver.di, betriebliche Tarifkommission, Betriebsrat und Beschäftigte am selben Strang ziehen – und das auch noch in die richtige Richtung!“

Mit dem Tarifvertrag, der auch Besetzungsregeln für die Druckmaschinen enthält, konnten die von der Geschäftsführung angestrebten 20 betriebsbedingten Kündigungen von Druckern und Helfern verhindert werden. Ganz im Gegenteil ist es gelungen, die Zahl der Arbeitsplätze im technischen Bereich bis 2019 festzuschreiben.

SWMH-Konzern

Besuch vom Zoll und Geschäftsstellen-Schließung

Wie schon im Oktober 2013 bei der Tochterfirma „GuG“ bekam im Frühjahr diesen Jahres die zum SWMH-Konzern gehörende Tochterfirma „PSV“ des „Schwarzwälder Bote“ Besuch von Zollfahndern.

Wieder ging es um den „Anfangsverdacht der Veruntreuung von Arbeitsentgelt“, also nicht korrekt gezahlten Lohn. Beide Durchsuchungen scheinen im Zusammenhang zu stehen.

Bei der „GuG“ ging es offenbar um Lohn von Zeitungsträgern, während die PSV in der Prospektverteilung tätig ist.

Unabhängig davon gab es ab Mai 2015 Gebietsbereinigungen zwischen dem „Schwarzwälder Bote“ und der Konkurrenzzeitung „Südkurier“. Beim „Schwabo“ wurden die Lokalredaktionen in Donaueschingen und Blumberg geschlossen, während sich der „Südkurier“ aus Triberg und Furtwangen zurückzieht. In allen vier Fällen gibt es Kooperationen beider Blätter, bei denen Inhalte dem jeweiligen Konkurrenzblatt zur Verfügung gestellt werden.

Ver.di kritisierte in diesem Zusammenhang auch die Art und Weise, wie der zuständige Betriebsrat in dieser Angelegenheit (nicht) informiert wurde und dass die betroffenen Beschäftigten nach nur einem Tag Bedenkzeit signalisieren sollten, ob sie Aufhebungsverträgen zustimmen.

Neu im ver.di-Haus Konferenzraum Ralf Fenske



Ein der Konferenzraum im ver.di-Landesbezirk in Stuttgart trägt den Namen unseres verstorbenen Freunds und Kollegen Ralf Fenske.

Mit großer Einmütigkeit hat der ver.di-Landesvorstand sich dafür entschieden Ralfs Namen an den neuen Konferenzraum im ersten Stock des Gewerkschaftshauses an der Theodor-Heuss-Straße zu setzen.

Alle Konferenzräume tragen die Namen von ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen, die sich um unsere Gewerkschaft verdient gemacht haben und leider verstorben sind.

Fachgruppe Theater und Bühnen

Mitgliederplus nach Streiks

Einen Zuwachs an Mitgliedern gegenüber dem Vorjahr verzeichnet die Fachgruppe Theater und Bühnen.

Nachdem sich in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes der Länder-Beschäftigten die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten des Staatstheater Stuttgart und des Badischen Staatstheaters in Karlsruhe mehrmals an den Warnstreiks beteiligt hatten, gab es am Ende landesweit mehr neue ver.di-Mitglieder.

Auch bei den privaten Musical-Theatern des Stage-Konzerns, wo es einen Tarifabschluss am Verhandlungstisch ohne Streiks gab, gab es Neueintritte.

Beides sind gute Voraussetzungen für die im kommenden Jahr anstehende Tarifrunde des öffentlichen Dienstes bei Bund, Städten und Gemeinden, an der die kommunalen Theater beteiligt sein werden.

Bis dahin wird sich die Fachgruppe vor allem mit der Arbeitsbelastung der Theaterbeschäftigten befassen. Derzeit wird dazu eine Beschäftigten-Befragung mit dem Titel „Älter werden im Theater“ vorbereitet, die im Herbst stattfinden soll.

Fachgruppe Musik

Vereinbarung mit Mängeln

Grundsätzlich begrüßt hat die Fachgruppe Musik die zwischen dem Verband der Musikschulen und dem baden-württembergischen Kultusministerium geschlossene Vereinbarung zu den Rahmenbedingungen des Musikunterrichts im Rahmen der schulischen Ganztagesbetreuung.

Allerdings, so der Fachgruppenvorstand, unter Verweis auf eine bereits 2011 vorgestellte Erklärung zu diesem Thema, fehlten einige wichtige Punkte in der Vereinbarung.

So werde weder zur Abgrenzung von Musikschul- zu schulischem

Musikunterricht etwas gesagt, noch etwas zu Fortbildungen, räumlichen und organisatorische Rahmenbedingungen.

Auch fehle eine Aussage zur angemessenen Honorierung von Musikschullehrern, die im Rahmen der Ganztagesbetreuung an Schulen arbeiten werden.

Der immer wieder genannte Betrag von 30 Euro pro Stunde, so der Fachgruppenvorstand, sei jedenfalls zu niedrig, wenn man die Anforderungen an Ausbildung, Verantwortung und Qualität der Musikschullehrer berücksichtige.

Interview



Siegfried Heim

Der Landesfachbereich ist gut aufgestellt in die neue Amtsperiode gegangen und hat sich auch im ersten Halbjahr 2015 ordentlich geschlagen.

Südwestreport:
Im Fachbereich 8 in Ver.di in BaWü. hat sich personell in den vergangenen Monaten einiges geändert. Wie sieht nun die Aufgabenverteilung im Bereich der Hauptamtlichen aus?

Da ja länger absehbar war, dass wegen der Mitgliederentwicklung der letzten Jahre die Stellen von in Rente gehenden Kolleginnen und Kollegen nicht wieder besetzt werden konnten, hat Gerd Vohs, dem ich dafür sehr dankbar bin, schon im vorigen Jahr im Hauptamtlichen-Kreis Vereinbarungen getroffen, die wir seit Januar „leben“.

Dies bedeutet, dass die Fachbereichs-Sekretäre deren Arbeitsplatz in den Bezirken ist, schwerpunktmäßig die Betriebe der Fachgruppe Verlage, Druck, Papier betreuen und dazu Fragen einzelner Mitglieder beantworten und diese beraten. Die Landesebene ist für die Kollegen in den Kunstfachgruppen, der dju und des SWR zuständig. Und weil unser Fachbereich die meisten

Solo-Selbstständigen in der Mitgliedschaft hat, wurde uns vom ver.di-Landesbezirk auch die Betreuung der Landeskommission Selbstständige übertragen.

Dazu gibt es eine Reihe von Konzernbeauftragungen, die wir nach wie vor im Auftrag des Bundesfachbereichs wahrnehmen.

Selbstverständlich gibt es auch Schwierigkeiten im Alltag mit denen wir zu kämpfen haben. So gibt es mit Fils-Neckar-Alb einen ganzen ver.di-Bezirk dessen Mitglieder, Betriebe und Gremien sich an hauptamtliche Kollegen aus den Nachbarbezirken und an die Landesebene wenden müssen.

Und wenn ein Kollege länger erkrankt, dann bereitet es vor Ort in den von ihm betreuten Bezirken und im Landesfachbereich ganz praktische Probleme. Aber alle diese Schwierigkeiten wurden und werden in guter Zusammenarbeit von Landesfachbereich und betroffenen Bezirken so weit wie realistisch möglich gelöst.

Südwestreport:
Zur Aufstellung des Fachbereichs nach Landes- und Bundesfachbereichskonferenz:

Was hat sich geändert?

Was ist geblieben?

Und wo sind Aufgabenschwerpunkte für die nächsten Monate?

Der Landesfachbereich ist gut aufgestellt in die neue Amtsperiode gegangen und hat sich auch im ersten Halbjahr 2015 ordentlich geschlagen. Insofern

Bisherige berufliche Stationen:

1979 Volontariat bei der „Augsburger Allgemeine“

1980 Eintritt in die IG Druck und Papier

bis 2001 verschiedene journalistische Stationen als freier Journalist, Anzeigenblatt- und Lokalredakteur

1992 Wahl in den Betriebsrat der „Aichacher Zeitung“

2001 Wahl zum Vorsitzenden des Betriebsrats der „Südwest Presse“

dazu Wahl in verschiedene ehrenamtliche Funktionen (Tarifkommission Zeitungsredakteure, dju-Landesvorstand, ver.di-Landesbezirksvorstand, Arbeits- und Sozialrichter, Referent in der Betriebsrätequalifizierung in den ver.di-Bildungsstätten Springen und Brannenburg)

2009 bis 2014 Tarifsekretär Druckindustrie und Papierverarbeitung beim ver.di-Bundesvorstand

Weitere Mitgliedschaften:

Bündnis 90 / Die Grünen, taz-Genossenschaft, Förderverein „kontext“-Wochenzeitung

besteht kein Bedarf, für grundsätzliche Änderungen in der Ausrichtung unseres Fachbereichs.

Angesichts der im nächsten Jahr kommenden Tarifrunden in den Zeitungsredaktionen, der Druckindustrie und der Papierverarbeitung, die von Arbeitgeberseite sicher mit noch einmal zunehmender Härte geführt werden, ist es sicher notwendig, Energie in Erhalt und Aufbau von Kampfkraft zu stecken.

Die anhaltende Tariffucht in den Kernbranchen des Fachbereichs - aber auch die Angriffe der Arbeitgeber auf die Altersvorsorge im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und im öffentlichen Dienst der Länder, zu dem die bei uns organisierten Staatstheater gehören, machen eine Konzentration auf unsere Kampfkraft notwendig.

Die zentrale Aufgabe ist, in jedem Betrieb, in jeder Branche, neue Mitglieder zu gewinnen und die vorhandenen Mitglieder für die Durchsetzung eigener Interessen zu aktivieren. Dabei werden wir selbstverständlich von der Gegenseite weiter in Abwehrkämpfe gezwungen werden. Aber gleichzeitig gibt es auch zunehmend Beispiele, wo Belegschaften mit Spaß und Energie in die notwendigen Streiks gegangen sind.

Südwestreport:
Die „Perspektive 2015“ ist im Landesfachbereich mit viel Skepsis diskutiert worden.

Wie soll sie im Land umgesetzt werden?

Wo siehst du Vorteile und wo Gefahren?

Welche Auswirkungen hat die „Perspektive 2015“ auf die kleinen Fachgruppen?

„Perspektive 2015“ ist ein vom Gewerkschaftsrat beschlossener Veränderungsprozess, aus dem ver.di mit einem besseren Service für die Mitglieder und einer stärkeren betrieblichen Durchsetzungsfähigkeit hervorgehen soll.

Aktueller Stand ist, dass die dazu notwendigen Veränderungen der Organisation in zwei Pilot-Landesbezirken, Bayern und Niedersachsen, umgesetzt werden, so dass im Herbst dort mit einer neuen Aufstellung gestartet wird.

Die Erfahrungen, die in den Pilot-Landesbezirken in der neuen Organisationsform gesammelt werden, werden am Ende der Pilot-Phase bewertet. Erst danach steht die Umsetzung von „Perspektive 2015“ auch in Baden-Württemberg und in unserem Fachbereich an.

Dabei werden wir diskutieren, ob die Veränderung der Organisation tatsächlich dazu führt, dass einzelne Mitglieder besser beraten werden und wir in Betrieben und Branchen tarifpolitisch durchsetzungsfähiger werden.

„Perspektive 2015“ hat, das betone ich, nichts mit der Frage zu tun, wie sich einzelne Fachgruppen entwickeln können und werden. Es gibt schon heute Fachgruppen, die ein Mitgliederplus vorweisen - und

solche, die nach wie vor unter hohen Mitgliederverlusten leiden.

Fachgruppenarbeit ist ein Kernbereich der Arbeit unseres Fachbereichs, da dort die spezifischen Projekte gewerkschaftlicher Arbeit diskutiert und vorbereitet werden.

Diese Arbeit wird, unter Beachtung der durch die Mitgliederentwicklung vorgegebenen Rahmenbedingungen, unabhängig von allen ver.di-internen Organisationsentwicklungsprozessen fortgeführt.

Und der Fachbereich wird dafür sorgen, dass diese Arbeit auch gemacht werden kann.

Impressum:

Der Südwestreport ist das Organ des ver.di-Fachbereichs Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion (FB 8) in Baden-Württemberg zur Diskussion und Information über den Fachbereich und das gewerkschaftliche und politische Umfeld.

V.i.S.d.P.: Siegfried Heim
Redaktion: Werner Jany,
ver.di Baden-Württemberg
Fachbereich Medien, Kunst und
Industrie (FB 8)
Theodor-Heuss-Straße 2 / Haus 1,
70174 Stuttgart
Postfach 10 10 45, 70009 Stuttgart
Telefon: 07 11 / 88 7 88 - 08 04
FAX: 07 11 / 88 7 88 - 08 99
E-Mail: fb8.bawue@verdi.de
www.fb8.bawue.verdi.de
(c) Südwestreport

Fotos (sofern nicht anders angegeben): GRAFFITI Stuttgart

Andreas Kirchgeßner: Immer guter Dinge - ohne Angst vor besseren Zeiten

In Mittelbaden-Nordschwarzwald war das Karlsruher Staatstheater ein Aktivposten und während der Tarifrunde gleich fünf Mal im Ausstand.

Der Südwestreport plant eine neue „Serie“ zur Vorstellung unserer Sekretäre in den Bezirken. Zum Auftakt stellen wir Andreas Kirchgeßner vor.

Andreas ist neu als Bezirkssekretär in ver.di und doch ein „alter Hase“ in der Gewerkschaft. Im Landesbezirk Baden-Württemberg war er im Papierverarbeitungsprojekt erfolgreich, bevor er sich jetzt einer Mammutaufgabe stellt: Er ist nun Bezirkssekretär für Rhein-Neckar, für Mittelbaden-Nordschwarzwald und betreut die Papierverarbeitung, so lange Hajo Beyer krankheitsbedingt ausfällt.

Statt vor der Aufgabe zu erschrecken, versprüht Andreas Optimismus. Ich bin immer guter Dinge“ erzählt er mit einem knitzen Lächeln, um dann noch anzufügen: „ohne Angst vor besseren Zeiten“.

In Karlsruhe unterstützt ihn tatkräftig seine Vorgängerin, Irmgard Tauss. „Und in Mannheim ist, wenn ich eine Frage habe, Gerhard Voß immer hilfreich, erzählt Andreas. „Der Übergang ist fließend, eigentlich ist das perfekt gelaufen“, findet der Daueroptimist und kann sich in seiner Einschätzung durch die Mitgliederstatistik bestätigt fühlen: Die Mitgliederzahlen steigen in beiden Bezirken.

Dadurch, dass er als Krankheitsvertreter auch noch die Papierverarbeitung beackert, hat er nicht nur ein riesiges Aufgabengebiet, immerhin beheimatet Baden-Württemberg bundesweit die meisten papierverarbeitenden Betriebe, sondern er hat auch noch Kontakt zum Papierverarbeitungsprojekt. Zwei Betriebe in Baden-Württemberg werden vom Projekt



Andreas Kirchgeßner (re.) beim Warnstreik der Beschäftigten der Firma Südwestkartion in Illingen

betreut, von Ben Brusniak (Projektsekretär für Hessen und Rheinland-Pfalz/Saar) der von Wolfgang Haupt unterstützt wird.

Im Bereich Papierverarbeitung angesiedelt ist auch die Firma Südwestkartion in Illingen (Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald), wo die Beschäftigten Anfang Juli ihre Forderung nach einem Haustarifvertrag mit einem Warnstreik unterstrichen. Der Betrieb gehört zur Panther-Firmengruppe, die in weiten Teilen tariflos ist.

Die Forderung nach einem Anerkennungstarifvertrag wurde gestellt, nachdem mehr und mehr Beschäftigte Gewerkschaftsmitglied wurden, so dass auf einer ver.di-Mitgliederversammlung die Forderung nach einem Haustarif diskutiert wurde, was dazu führte, dass eine betriebliche Tarifkommission gewählt werden konnte.

Im Bezirk Rhein-Neckar sind zuletzt gute Zuwächse im Verlag Spektrum der Wissenschaft zu verzeichnen. Außerdem eine erfolgreich absolvierte, für den Ver.di-Fachbereich 8 ungewöhnliche Betriebsratswahl im Fleischversorgungswerk Mannheim.

Aber „ungewöhnlich“ war der Lebenslauf von Andreas eigentlich schon immer:

geboren am 2. April 1959 in Düsseldorf, erlernte er nach dem Abitur das Druckerhandwerk als Autodidakt, legte die Gesellenprüfung als Druckformhersteller ab und arbeitete in selbstverwalteten Druckereien. Er war und ist aktiv in der Friedensbewegung, in der Antifa-(VVN-BdA) und in der Gewerkschaft.

Gratulation zum August-Bebel-Preis für den Plakatkünstler und Akademiepräsidenten Professor Klaus Staeck

„Klaus Staeck ist ein Künstler, politischer Mahner und Querdenker, der sich mit seiner Kunst und seinem gesellschaftspolitischen Engagement als gestandener Sozialdemokrat einmischt“, gratulierte Regine Möbius, Kunst- und Kulturbeauftragte der ver.di, zur Auszeichnung Staecks mit dem August-Bebel-Preis. Mit dem Preis werde sein beispielhaftes Engagement in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen gewürdigt.

Mit dem mit 10.000 Euro dotierten Preis ehrt die von Günter Grass gegründete August-Bebel-Stiftung Persönlichkeiten, die sich ähnlich wie SPD-Gründervater Bebel um soziale Gerechtigkeit verdient gemacht haben.

Seit Anfang der 1970er Jahre ist Klaus Staeck als Grafiker im Bereich der Politsatire in der Tradition John Heartfields tätig und führte als studierter Jurist wegen seiner kritisch-satirischen Plakate an die 40 Prozesse, die er gewann. Sein Hauptwerk, in vielen Ausstellungen gezeigt, umfasst bislang über 300 Plakate, die häufig aus Fotomontagen bestehen, konterkariert mit eigenen ironischen Texten.

„Als Präsident der Berliner Akademie der Künste hat er seit 2006 ein herausragendes kulturpolitisches Amt in Deutschland inne, das er mit einem inspirierenden und politisch wie künstlerisch wachen Diskurs führt und damit in entscheidende gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen einen klaren und prägenden Ton bringt“, so Möbius. Die Beauftragte für Kunst und Kultur der ver.di gratuliert zusammen mit den Vorstand des Verbands deutscher Schriftsteller VS, dessen Mitglied Klaus Staeck ist, zu dieser Auszeichnung.

Kritik am Beschluss zur Schließung der Bildungsstätte in Lage-Hörste

Der ver.di-Gewerkschaftsrat hat am 11. Mai 2015 seinen Beschluss zur Schließung der Bildungsstätte in Lage-Hörste bestätigt. Die Bildungsstätte soll am 31. Dezember 2015 geschlossen werden. Hintergrund dieser Entscheidung sind Brandschutzaufgaben, die laut ver.di-Bundesvorstand Investitionen von mehr als drei Millionen Euro erforderlich machen würden.

Der Gewerkschaftsrat hatte als Reaktion auf heftige Proteste bei seiner Beratung im März noch einen Weg eröffnet, das Aus für das traditionsreiche Haus abzuwenden. Bedingung war, dass es gelinge, bis zur nächsten Sitzung im Mai „im Rahmen einer Gesamtfinanzierung über Spenden durch Crowdfunding und andere Finanzierungsinitiativen ein zusätzliches Finanzvolumen von 1,5 bis 2 Millionen Euro einzuwerben“.

Dieses Ziel wurde verfehlt. Dem zwischenzeitlich gegründeten Verein der Freunde und Förderer der Bildungsstätte gelang es allerdings, in nur knapp acht Wochen allein durch Spenden 230.000 Euro aufzubringen. Auch der Landesfachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie, Baden-Württemberg hatte sich mit 2000 Euro an der Spendenaktion beteiligt.

Durch verschiedene Bausteine seines Konzepts schätzt der „Verein Freunde und Förderer“ des Instituts für Medien und Kunst „Heinrich Hansen Haus“, dass bereits 900.000 Euro bereitgestellt werden könnten. Man sei also auf dem Weg, um 1,5 Millionen Euro als Anteil an den ausgemachten Sanierungskosten aufzubringen. Dazu hätte es jedoch mehr Zeit bedurft.

Dem Gewerkschaftsrat lagen auch zwei Anträge vor, die sich gegen die Schließung wandten.

Die ver.di-Bundesfachbereichskonferenz Medien, Kunst und Industrie hatte gefordert, „dafür Sorge zu tragen“, dass die Bildungsstätte in Lage-Hörste „als Stützpunkt und politische Heimat“ für den Fachbereich erhalten bleibe. Ein Initiativantrag von Gewerkschaftsratsmitglied Gundula Lasch aus dem Fachbereich 8 zielte darauf, die endgültige Beschlussfassung bis nach dem ver.di-Kongress im September auszusetzen, bis dahin weitere Prüfungen vorzunehmen und den Spendensammlern mehr Zeit einzuräumen.

Beide Anträge wurden nach dreistündiger Debatte von den Gewerkschaftsratsmitgliedern mehrheitlich abgelehnt.

Der geschäftsführende Bundesvorstand der Fachgruppe Verlage, Druck und Papier hält die politische Entscheidung des Gremiums für einen schweren Fehler. Weder die wirtschaftlichen noch die haftungsrelevanten Begründungen hätten überzeugt. Damit „werden wir uns nicht abfinden“, heißt es in einer Stellungnahme, die an alle Gliederungen der Organisation gehen soll.

Aufgeschnappt:

„Wer in Deutschland noch daran glaubt, dass Mitarbeiter einen Tariflohn verdienen, sollte den Blick auf Medienhäuser meiden, an denen die SPD-Verlags-gesellschaft ddvg bedeutende Anteile hält. Die Rede ist von der Mediengruppe Madsack, die ihre eigene Druckerei in Hannover zusperren will und ab 2017 bei einem Unternehmen drucken möchte, bei dem der Tarifvertrag nicht gilt.“

Bülend Ürück am 1. Juli in kress-Report

Zum Tode von Hans-Joachim Goericke Gewerkschaft - wurde bei ihm immer groß geschrieben!

„Er konnte nicht ‘Nein’ sagen!“, wenn da ein Kollege oder eine Kollegin Hilfe benötigte. Er war zur Stelle, gleichviel zu welcher Tageszeit.

Wenn es um knifflige Eingruppierungsfragen ging oder um die Tätigkeitsmerkmale der Beschäftigten des SWR zu entwickeln, den neuen Gehaltstarifvertrag des SWR aus den beiden Tarifverträgen des SDR und des SWF mit Sachverstand und Weitblick zusammenzuführen, dabei Gerechtigkeit so weit wie nur irgend möglich in einem Tarifwerk walten zu lassen, dann war Hans-Joachim Goericke der richtige Mann an der richtigen Stelle in der Gewerkschaft.

Sei es im Geschäftsführenden Verbands-Vorstand (GVV) der Senderverbände des Südwestfunks oder des späteren Südwestrundfunks, sei es in den Tarifkommissionen, in Arbeitsausschüssen. Auf unseren Kollegen Hans-Joachim Goericke war immer Verlass. Kenntnisreich, große Erfahrung, gepaart mit Humor und Toleranz, Geschick und Gradlinigkeit. Und das über so viele Jahre und Jahrzehnte in leitender Gremienposition.

Ein Gewerkschafter, wie man und frau ihn sich an der Seite wünscht: Basisnah und den Blick fürs Ganze.

Auch als Personalrat war Hans-Joachim Goericke ein Glücksfall stets für alle da und versuchte für die Beschäftigten das Beste im täglichen Ringen mit der Sender-Geschäftsleitung zu erreichen.

Die Kantinenbeschäftigten hatten einen großen Fürsprecher in ihm für die Einbindung in den Haustarif, aber nicht nur sie.

Oft gelang es, seine guten Forderungen zu realisieren, zuweilen nicht. Aber das war kein Grund für ihn aufzugeben, neuer Anlauf nach einer gewissen Zeit und das Ziel fest im Auge den neuen Anlauf wagen.

Dabei war bei ihm Gewerkschaftsarbeit und Personalratsarbeit immer aus einem Guss, was ihm nicht jedermann und jederfrau im Gremium zum Freund machte. Da musste er schon bittere Erfahrungen machen, als er nicht mehr zum Vorsitzenden des Personalrats gewählt worden war.

Wenn man oder frau einen Tarifvertrag des SWR in der Hand hält, sei es die Altersversorgung, den Manteltarifvertrag, den für Zeitwertkonten oder Arbeitszeitüberall - ist auch das Wissen, die Erfahrung und auch oft die nächtelange Arbeit von Hans-Joachim Goericke spürbar, der sich die Mühe und Arbeit von umfangreichen Synopsen und Vergleichen machte, um zu sehen, welcher tarifliche Weg der Bessere sei.

Und heute noch haben wir seine Mahnung im Kopfe, dass wir uns der Überarbeitung der Tätigkeitsmerkmale im Gehaltstarifvertrag der SWR-Beschäftigten widmen und die Verhandlungen - festgehalten in einer Protokoll-Notiz noch unter Verwaltungs-Direktor Dr. Schröder - wieder aufnehmen sollten und müssten. Da hat er Recht!

Das steht noch aus, lieber Hans-Joachim Goericke. Und in der Zwischenzeit warst Du schon im Ruhestand, aber Deine gewerkschaftliche Arbeit hast Du fortgesetzt und wir haben uns gefreut, Dich zu sehen.

Nun hat die Krankheit Dich am Atmen gehindert.

Wir müssen ohne Dich weitermachen. Aber mit Dir im Geiste, Deinem Schmunzeln, Deiner Freude, Deiner Zusammenarbeit. Danke Dir, lieber Hajo. Wir hätten Dich noch gerne länger mit uns gehabt. Gute Wege, dort wo Du bist und die Erinnerung an Dich in uns.

Gerhard Manthey

Letzte Meldung

Warnstreik bei Südwestkarton

Einen Haustarifvertrag zur Anerkennung der Flächentarifverträge der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie fordern die ver.di-Mitglieder der Firma „Südwestkarton“ in Illingen. Diese Forderung hat die Unternehmensleitung mehrfach schriftlich abgelehnt.

Mit Beginn der Frühschicht traten am 6. Juli die Beschäftigten der Firma Südwestkarton in Illingen in einen Warnstreik, um ihrer Forderung nach Abschluss eines Haustarifvertrages Nachdruck zu verleihen.

Der Betrieb gehört zur Panther-Firmengruppe, die in weiten Teilen tariflos ist. Die Forderung nach einem Anerkennungstarifvertrag wurde gestellt, nachdem in den vergangenen zwei Jahren mehr und mehr Beschäftigte ver.di-Mitglied wurden, so dass eine ver.di-Mitgliederversammlung die entsprechende Tarifforderung stellen und eine betriebliche Tarifkommission wählen konnte. Während des Warnstreiks wurden weitere Beschäftigte ver.di-Mitglied.